

## Der interdisziplinäre Blick auf die Parteien- demokratie – 30 Jahre PRUF

Die Beschäftigung mit politischen Parteien in Demokratien hat notwendigerweise zwei Perspektiven, die untrennbar miteinander verbunden sind. Parteien ragen in den staatlichen Bereich hinein und sind gleichzeitig der organisierte Ausdruck der politischen Interessen in der (Wahl-)Bevölkerung. Um es mit Sartori zu sagen: Sie sind das zentrale Bindeglied zwischen den Herrschaftsinstitutionen und der Gesellschaft. Als solche sind sie natürlich immer, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, staatlichen Regulierungen unterworfen. Diese setzen den Rahmen, in welchem sich Parteien organisieren, welche Rechte ihre Mitglieder haben, unter welchen Umständen Mitglieder ausgeschlossen werden können, ob sie sich Programme geben müssen, wie die innerparteiliche Demokratie organisiert sein muss, und vieles andere mehr. Diese doppelte Perspektive auf die Parteien als primär gesellschaftlicher Akteur einerseits und auf Parteien als Gegenstand staatlicher Regulierung (und gleichzeitig zentraler Akteur bei der Gestaltung dieser Regulierung) andererseits ist Kernbestand der Forschung am PRUF. Seit nunmehr 30 Jahren beschäftigt sich das Institut mit der rechtlichen Seite der Parteiendemokratie, seit 20 Jahren wird die juristische Forschung durch politikwissenschaftliche Forschung ergänzt, die das Bild erst komplettiert und die politischen Parteien auch verstärkt in ihren tatsächlichen Zusammenhängen erfasst.

Gerade in der aktuellen Situation, in der die Parteien-demokratie einem erheblichen Wandel unterworfen ist, hilft dieser interdisziplinäre Blick, auch die Zukunft der politischen Parteien zu verstehen. Das betrifft zunächst den für die Parteienforschung zentralen Bereich der Wahlforschung. In den vergangenen Jahren ist das deutsche Wahlsystem in erhebliche Schiefelage geraten. Die Fragmentierung des Parteiensystems in einem Wahlsystem, das noch auf die Existenz großer Volksparteien zugeschnitten ist, hat zu einem stetigen Anwachsen des Bundestages geführt. Die Diskussion über die notwendige Reform des Wahlgesetzes wird vom PRUF seit längerem wissenschaftlich begleitet und war Thema unseres letzten Symposions. Gleichzeitig spielen Fragen des sich wandelnden Wahlwettbewerbes eine zentrale Rolle in den politikwissenschaftlichen Arbeiten des PRUF, etwa in der Analyse möglicher Repräsentationsdefizite der Parteiendemokratie oder zur Polarisierung des Parteienwettbewerbs. Dass hier die interdisziplinäre Zusammenarbeit fachlich noch erweitert

werden kann, zeigt beispielhaft der Beitrag von Jo Leinen und Friedrich Pukelsheim zum Wahlrecht für das Europäische Parlament in diesem Heft.

Darüber hinaus gewinnt auch die internationale Dimension der Parteiendemokratie zunehmend an Bedeutung – nicht zuletzt deshalb, weil die rechtliche Regulierung von Parteien, zumindest in modernen Demokratien, inzwischen weit vorangeschritten ist, so dass sich hier ein für die Forschung überaus instruktiver Vergleichsmaßstab entwickelt. Die politikwissenschaftliche Forschung am PRUF befasst sich schon seit längerem verstärkt mit dieser Dimension und verfolgt mit dem Political Party Database Projekt (PPDB), das zusammen mit Kollegen in Houston und Sussex koordiniert wird, wegweisend die international vergleichende Erforschung der Organisationsentwicklung von Parteien in 50 Demokratien. Auch die rechtswissenschaftliche Forschung am PRUF wird sich in Zukunft stärker mit dieser international vergleichenden Seite des Parteienrechts befassen. Die Aufsätze in diesem Heft, die einen Überblick über das Parteienrecht in Italien, Spanien und Brasilien geben, bilden einen ersten Baustein dazu.

Eine weitere große Herausforderung für die Zukunft auch im Hinblick auf die parteienwissenschaftliche Forschung stellt die Digitalisierung dar. Ohne jeden Zweifel hat die Zeit der Pandemie mit den damit verbundenen Einschränkungen direkter sozialer Kontakte wie ein Brandbeschleuniger hinsichtlich der Digitalisierung von Politik gewirkt. Damit ist nicht die datenbasierte Formulierung von Politik gemeint, sondern die Verlagerung von Diskussions- und Entscheidungsprozessen in den digitalen Raum. Konkret: Aus dem Plenar- oder Fraktionssaal in den virtuellen Raum von Zoom oder WebEx; von der Parteitagshalle auf die Bildschirme der Parteitagsdelegierten; oder auch – einfach weil man es jetzt gelernt hat – die Verlagerung von Abstimmungsverfahren von der Briefwahl zur Online-Abstimmung.

Das wirft eine Reihe von Fragen auf, die gleichermaßen rechtlicher wie politikwissenschaftlicher Natur sind: Wie sicher und nachvollziehbar sind Entscheidungsprozesse, die in den digitalen Raum verlagert werden? Ändern sich die Machtverhältnisse in Parteien, Fraktionen, gar im Parlament, wenn Entscheidungen nicht mehr – oder nicht mehr ausschließlich – in Präsenz getroffen werden? Wer entscheidet bei hybriden Formaten über die Zulassung zur Präsenzveranstaltung? Sind damit Machtgewinne verbunden? Ändert sich die Qualität der Debatte und der Entscheidungen?

Damit sind nur einige der Fragen skizziert, denen sich die rechts- und politikwissenschaftliche Forschung zu Parteien zukünftig widmen wird. Vieles in enger Zusammenarbeit mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen wie der Kommunikationswissenschaft und der Soziologie, aber auch jenseits der etablierten Fächergrenzen, lässt sich doch manches nur unter Beteiligung der Informatik verstehen und analysieren.

Aber auch jenseits des Themas Digitalisierung lassen sich zukünftige wichtige parteienwissenschaftliche Themen identifizieren. Der letzte Bundestagswahlkampf hat eindrucksvoll gezeigt, in welchem Maße der Wahlerfolg politischer Parteien von der Performance ihrer Spitzenkandidaten abhängt. Die internationale vergleichende Forschung hat viele Hinweise zur wachsenden wahlpolitischen Bedeutung der Spitzenkandidaten für den Wahlerfolg erbracht. Damit wächst die Notwendigkeit, die Auswahlprozesse für diese wichtige Position genauer in den Blick zu nehmen. Wie sehen die Wege zur Spitzenkandidatur aus? Damit beschäftigt sich ein von Gregor Zons geleitetes DFG-Projekt am PRUF. Und weiter: Wie verschiebt sich die Machtarithmetik in politischen Parteien, wenn die Spitzenkandidaten immer wichtiger werden? Vor allem aber: Gibt es Wege, die Auswahlprozesse so zu gestalten, dass die Wahlbürger die Auswahl zwischen kompetenten und politisch attraktiven Kandidaten haben? Die vielerorts zu verzeichnenden Trends hin zu einer Öffnung der Auswahlprozesse zur Parteibasis – oder darüber hinaus – haben bislang kein eindeutiges positives Resultat erbracht.

Last but not least: Das bundesdeutsche Wahlergebnis von 2021 ist nicht zuletzt deshalb eine Zäsur, weil erstmals eine Partei mit etwas mehr als 25 Prozent der Wählerstimmen die stärkste Partei wurde. Dieses neue Niveau der Fragmentierung des Parteiensystems ist kein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Parteiendemokratie. Der Niedergang ehemals starker Parteien, das Aufkommen neuer Parteien, Herausforderungen rechter und auch linker Populisten – die Erforschung der Ursachen ist ein wichtiges Thema der politikwissenschaftlichen Parteienforschung. Gleichzeitig stellen sich Fragen hinsichtlich Integration und Abgrenzung, deren Beantwortung Rechts- und Politikwissenschaft am besten gemeinsam, unter Einbeziehung der internationalen Forschung, in Angriff nehmen können.

*Thomas Poguntke und Sophie Schönberger,  
Direktorium des PRUF, Herausgeber der MIP*